

05.08.2019

Kleine Anfrage 2821

des Abgeordneten Stefan Kämmerling SPD

Gewalt und Drohungen gegen Kommunalpolitiker

Medienberichten zufolge, finden sich auf den Namens- und Adresslisten unterschiedlicher rechtsextremer Gruppierungen auch mehrere kommunalpolitisch Aktive.

Manche kommunalpolitisch Aktiven stehen seit Jahren im Visier von rechtsextremen Gruppierungen und erhalten regelmäßig einschüchternde Post oder Nachrichten. Die Einschüchterungen verfehlen dabei häufig ihre Wirkung nicht. Menschen sehen sich für ihr ehrenamtliches Engagement angefeindet und bedroht. Nicht jeder kommunalpolitische aktive Mensch kann der Einschüchterung dauerhaft standhalten. Menschen ziehen sich aus Angst um sich und ihre Familie aus dem Engagement zurück. Dadurch haben die Straftäter eines ihrer Ziele erreicht.

Betroffene klagen häufig über nicht ausreichende Unterstützung oder Beratung durch staatliche Institutionen.

Menschen, die sich in ihrer Freizeit für den Staat und sein Funktionieren engagieren, brauchen die größtmögliche Unterstützung ebendieses Staates.

Im Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) werden Straftaten gegen Amts-/Mandatsträger seit dem 1. Januar 2016 bundesweit einheitlich erfasst.

Angesichts der Möglichkeit der anonymen Begehungsweise von Bedrohungen oder Beleidigungen, insbesondere auch in sozialen Netzwerken, ist von einer großen Anzahl nicht angezeigter Delikte auszugehen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Gewaltdelikte und Bedrohungen zum Nachteil von kommunalpolitisch Aktiven seit 2016 bis heute entwickelt? (Bitte nach Jahr, Delikt, Kommune und Geschlecht aufschlüsseln)

Datum des Originals: 01.08.2019/Ausgegeben: 05.08.2019

2. Wie haben sich die Beleidigungen zum Nachteil von kommunalpolitisch Aktiven seit 2016 bis heute entwickelt? (Bitte nach Jahr, Kommune und Geschlecht aufschlüsseln)
3. Wie viele Anklagen hat es in den in Fragen 1 und 2 erfragten Fällen gegeben? (Bitte nach Delikten und Jahren aufschlüsseln)
4. Wie viele Verurteilungen hat es in den in Fragen 1 und 2 erfragten Fällen gegeben? (Bitte nach Delikten und Jahren aufschlüsseln)
5. Welche ermittlungstechnischen Schwierigkeiten bei der Verfolgung von entsprechenden Straftaten sieht die Landesregierung und wie will sie sie lösen?

Stefan Kämmerling